

Volkswacht

für Sachsen

Verlagspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 3 mal mit in durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Expedition der „Volkswacht“, Neue Gravenstraße Nr. 5, durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 140, sowie durch alle Anzeigen zu beziehen. Postpreis freibleibend! Für die Woche vom 1. bis 6. Oktober 15 Millionen M.

Organ für die wertfällige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Dresden 2
Verlags- und Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Telefon-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Dresden Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Sachsen 1.000 000 M., ausw. 1.200 000 M., Anzeigen aus dem Ausland 1.500 000 M., ausw. 2.000 000 M., Stellenanzeigen 500 000 M., Familienanzeigen 250 000 M., Stellenanzeigen, Verlobungs- und Hochzeitsanzeigen 250 000 M., kleine Anzeigen pro Wort 100 000 M., das letzte Wort 120 000 M., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Die Bildung der neuen Regierung.

Bringt Stresemann eine neue Regierung zustande?

Der „Sozialdem. Parteitag“ meldet: Die Demission der Regierung Stresemann ist nach übereinstimmender Auffassung der beteiligten Minister in einer Entscheidung erfolgt, die erkennen ließ, daß allgemein der erzwungene Rücktritt für einen Schritt wider die Vernunft erachtet wurde. Dem Reichstanzler jedoch ist die Demission außerordentlich schwer gefallen, weil er in ihr einen Bruch seines Wertes sah, für das gerade er monatelang gekämpft hatte. Stresemann, der vom Reichspräsidenten sofort wieder mit der Neubildung der Regierung beauftragt wurde, ließ seinen Zweifel darüber, daß er nicht daran denke, ein Reichskabinett zu bilden. Im Verlauf des Donnerstag liefen seine Bekundungen deshalb darauf hinaus, eine Regierung aus Persönlichkeiten zustande zu bringen, die Nichtmitglieder des Parlaments sind, für die Notwendigkeiten der gegenwärtigen Lage das erforderliche Verständnis haben und gleichzeitig bei den einzelnen Parteien nicht von vornherein auf Widerspruch rechnen. In der achten Abendstunde des Donnerstag verläutete übereinstimmend, daß es dem Reichstanzler gelungen sei, ein Kabinett zu bilden, obwohl im Verlauf des ganzen Tages mit den Parteienführern feierliche Rücksprache genommen worden war.

Rechtlich der Reichspräsident hatte mit den Führern der einzelnen Fraktionen Besprechungen. Die Zentrumsfraktion ließ ihn gegenüber durch ihren Führer Dr. Marg erklären, daß sie bereit sei, an der Wiederrückbildung der Großen Koalition mit anderen Persönlichkeiten für gewisse Posten mitzuwirken, jedoch nicht daran denke, ohne weiteres einen außerparlamentarischen Kabinett die Zustimmung zu geben. Die Zentrumsfraktion ist der Auffassung, daß gerade mit Rücksicht auf die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands eine Regierung notwendig ist, die sich auf das allgemeine Vertrauen des Volkes stützt und dieses Vertrauen durch eine klare parlamentarische Mehrheit im Reichstag erlangen kann.

Auch die demokratische Fraktion versuchte vermittelnd einzugreifen, ohne bei der Volkspartei jedoch auch nur auf das geringste Entgegenkommen zu rechnen. Infolgedessen war es überflüssig, erneut Verhandlungen der bisherigen Koalitionsparteien untereinander herbeizuführen.

Vor allen Dingen wurde schon deshalb eine schnelle Regierungsbildung für dringend erforderlich erachtet, weil tatsächlich seit dem Rücktritt der Regierung Stresemann die rechtsabwärtigen Elemente wieder eifrig tätig sind. Im Zusammenhang hiermit sind auch die am Donnerstag erfolgten Kundgebungen Beratungen der Fraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei zu erklären.

Ob die Neubildung des Regierungsoberhauptes im Reich auch eine Umgruppierung in der Bekämpfung des preußischen Kabinetts nach sich zieht, ist bisher noch zweifelhaft. Es gibt innerhalb der Volkspartei zweifellos gewisse Kreise, die sich bemühen, diese Regierungskrise in Preußen zu verhindern. So schreibt L. B. die „Zeit“ in ihrer Donnerstagsabendausgabe:

„Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn von der Krise im Reich irgendwo ein Rückschlag auf die Regierungsgeschäfte in Preußen ausgehen sollte.“

Bei der Unaufrichtigkeit der Deutschen Volkspartei, für die es wieder in dieser Lage ein vorzeitiges Scheitern erbracht wurde, ist es selbstverständlich unmöglich, auf die leise Hoffnung der „Zeit“ irgendwie zu bauen.

Ein Drahtbericht meldet uns noch:

Dr. Stresemann legte im Laufe des Donnerstag seine Bekundungen fort, ein neues Kabinett zustande zu bringen. Eine in diesem Sinne gerichtete Initiative, die unter dem Einfluß ihres sozialdemokratischen Flügel steht, hat er in diesem Einfluß unterliegen, weil er in ihr durch seinen Willen gezwungen worden, als Reichstanzler der Großen Koalition zu demissionieren und ein sozialdemokratisches Kabinett zu bilden. In einer Probe von ungeschicklicher Bescheidenheit hat er, so schwer es ihm auch gefallen ist, die Reichstagsgruppe seiner Partei folgen lassen. Dem Reichspräsidenten der Sozialdemokratie mit der Volkspartei in der Regierung standen breite Schichten der Arbeiter, Kleinrentner und Beamten, große Teile der Partei von vornherein mit Misstrauen gegenüber und niemand wird nach den Erfahrungen der letzten Tage sagen können, daß dieses Misstrauen geschwächt gewesen ist. Das Experiment ist gemacht worden, es war zum Scheitern verurteilt. Mit welchem Gesichtsausdruck jene Massen einem neuen Kabinett Stresemann gegenüberstehen, das schon durch die „Befreiung“ vom sozialdemokratischen

Einfluß den Sieg der Schwerindustrie dominiert? ...

Die Sozialdemokratische Partei hat den eifrigen Versuch unternommen, in der Koalition die Interessen des Volkes und seiner breiten arbeitenden Massen wahrzunehmen. Dieser Versuch ist an dem engstirnigen Klassenegoismus der „Wirtschaftskreise“ gescheitert. Das Reich ist mit einem Auf dem Abgrund näher gescheitert worden. Jedermann muß wünschen, daß die Folgen dieses Verfalls für das deutsche Volk weniger furchtbar sein mögen, als allgemein vorausgesetzt wurde. Aber an dem, was davon kommt, trägt die Sozialdemokratie keine Verantwortung, kann sie keine übernehmen.“

Nach dem Rücktritt des Kabinetts der Großen Koalition durch den Sieg des extremen arbeitereindlichen Flügels in der Deutschen Volkspartei blieben rein schematisch drei Möglichkeiten einer Regierungsbildung in Deutschland übrig.

Die erste, in Arbeiterversammlungen am meisten genannte, die reine Linkeregierung oder Arbeiterregierung, wird, soweit wir leben, von niemand gegenwärtig für möglich gehalten. Parlamentarisch hat sie keine Mehrheit, außerhalb des Parlaments nicht die genügende Unterstützung, um sich etwa durch Reichstagsauflösung andere demokratische oder undemokratische Grundlagen ihrer Macht zu sichern. Nicht einmal die Kommunisten treten daher in diesem entscheidenden Augenblick dafür ein, worin wir eine erfreuliche Wendung zur Vernunft bei ihnen begrüßen. Die aus Rußland übernommene Parole der Arbeiter- und Bauernregierung ist nur eine Kulisse für ihren Rückzug der Arbeiterregierungspartei. Praktisch fehlen in Deutschland dafür die Bauern, mit denen die Kommunisten zusammenarbeiten können, nachdem der deutsche Bauer sich auf Grund der Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre nach der Revolution fast reiflos kapitalistisch eingestellt hat.

Die zweite mögliche Regierung ist eine Erneuerung der Versuche des Parlamentarismus Fehrenbach und des Reichsparlamentarismus Cuno zur Führung einer rein bürgerlichen Mittelparteiregierung ohne deutschnationale und ohne Sozialdemokraten. Diesen Versuch will Stresemann offenbar machen. Wir wissen aus den Erfahrungen mit den Kabinetten Fehrenbach-Simons und Cuno-Rosenberg, daß solche Regierungen sich zwar vorübergehend halten konnten, obgleich auch ihnen die parlamentarische Mehrheit fehlte, indem sie abwechselnd bei den außerhalb der Regierung stehenden Parteien für ihre einzelnen Gesetzesvorlagen und Maßnahmen bald links, bald rechts Unterstützung suchten. Aber wir wissen auch, daß solche Regierungen ohne feste Mehrheit im Parlament und ohne festen Rückhalt im Volk immer schwache Regierungen sind. Wir haben erfahren, daß Deutschlands größte außenpolitische Mißerfolge nach dem Abschluß des Friedens gerade durch diese beiden Mittelpartei-regierungen herbeigeführt wurden: die Stellung des Londoner Ultimatums, der Einmarsch ins Ruhrgebiet, der Zwang zum Abbruch des passiven Widerstandes. Ob sich im Inneren eine solche Regierung die notwendige Macht zur Niederzwingung der reichsperforierenden Tendenzen verschaffen kann, die gegenwärtig überall aufklimmen, ob sie den privatkapitalistischen Mächten energisch entgegenzutreten vermag, die die Reichsfinanzen und die Volkswirtschaft unterhöhlen, von denen aber eine solche Regierung andererseits auch abhängt, bleibt ebenfalls reichlich zweifelhaft. Wir halten es daher für richtig, daß unsere leitenden Parteiführungen einem solchen Kabinett von vornherein mit größter Zurückhaltung gegenüberstehen. Niemand von uns wünscht, daß Deutschland jetzt lange ohne Regierung bleibt. Aber einer Minderheitsregierung der Mittelparteien gegenüber ist nach den Erfahrungen mit Fehrenbach-Simons und Cuno kritischeres Misstrauen Pflicht.

Die dritte Möglichkeit der Regierungsbildung ist der offene Machtantritt der Rechten. Er kann in zwei Formen erfolgen: als Bürgerblockregierung mit parlamentarischer Mehrheit oder als rechtsradikale Minderheitsdiktatur. Die Bürgerblockregierung wird im gegenwärtigen Augenblick von rechten Zentrum, von den Demokraten und selbst vom linken im Reichstag jetzt schwächeren Flügel der Deutschen Volkspartei abgelehnt.

Maßgebend für diese Ablehnung ist offenbar die außenpolitische Lage, die auch diesen bürgerlichen Kreisen den Zwang zur Verständigung einleuchtend macht. Die deutschnationalen dagegen wollen den „demokratisch durchsuchten“ Westen des Reiches offenbar ganz gern durch nutzlose Fortsetzung des Widerstandes der Zehnstundentagdiktatur der französischen Generale ausliefern, um dafür in Ostelbien und Bayern allein „national“ regieren zu können. Die Diktaturpläne der Rechten würden vielleicht an Anfängern verlieren, wenn die nächste Regierung ohnehin rein bürgerlich ist. Sie würden dann aber auch weniger staatliche Hemmungen gegen ihre illegalen Rüstungen finden. Ist doch in Bayern die bürgerliche Mittelregierung die Wegbereiterin der Rechtsregierung und dann der Rechtsdiktatur gewesen.

Für die arbeitenden Klassen erscheint also die Lage nach der Ausschaltung der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung auf jeden Fall überaus ernst. Die Mahnungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände, die wir an anderer Stelle wiedergeben, verdienen daher die genaueste Beachtung, damit unsere Schlagkraft gewahrt wird. Die vorbildliche Haltung unserer Fraktion in der Ablehnung aller arbeitereindlichen Zumutungen durch die anderen Koalitionsparteien hat den Weg zum einigen Zusammenschluß der gesamten Arbeiterklasse geöffnet und uns damit wenigstens eine feste Defensivstellung vorbereitet. — m.

Frankreich erwartet Reparationsvorschläge.

Am Donnerstag fand in Paris unter Vorsitz Mitterands ein Ministerrat statt, in dem Poincaré über die Einstellung des passiven Widerstandes und über die durch die deutsche Ministerie geichaffene Lage Bericht erstattete. Nach der Woffischen Zeitung soll man in Paris Außenministerium die Auffassung vertreten, daß die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet „stufenweise“ erfolge. Allem Anschein nach sei der Augenblick nicht mehr fern, wo Frankreich und Belgien den Widerstand als eingestellt anerkennen. Voraussetzung sei allerdings, daß Deutschland auch die Sachlieferungen wieder aufnehme. Sobald die Einstellung des Widerstandes als vollzogen gelten könne, werde mit den vorhergesehenen Änderungen im Charakter der Ruhrbesetzung begonnen werden. Verhandlungen über die Reparationsfrage könnten sofort beginnen, falls Deutschland mit entsprechenden Vorschlägen an die Reparationskommission herantrete.

Der „Temps“ läßt aus Brüssel melden, daß nach Ansicht der belgischen Regierung bei der Wiederzulassung der ausgewiesenen Beamten zwischen Rheinländern und Nicht-Rheinländern unterschieden werden müsse.

Der Zehnstundentag im besetzten Gebiet.

Während die Deutsche Volkspartei die Reichsregierung sprengte, weil sie der Arbeiterschaft grundlos den Zehnstundentag entziehen wollte, hat, wie wir gestern meldeten, General Degoutte für die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes den Zehnstundentag anbefohlen. Ueber das Vorgehen des Generals Degoutte unterrichtet die volksparteiliche „Zeit“ das Organ Stresemanns, ihre Referat über der Arbeiterzeitung: „Zumutungen an die deutschen Arbeiter“, während sie die gleichen Zumutungen der Deutschen Volkspartei an die deutschen Arbeiter in demselben Blatt als Staatsnotwendigkeit bezeichnet. Die gleiche Meldung der „Zeit“ enthält die Versicherung, daß die deutschen Arbeitgeber an der Ruhr an den bisherigen Arbeitsbedingungen, also am Zehnstundentag, festhalten wollen.

Ob die Uebereinkommung des Zeitpunktes in den Vorkämpfen für den Zehnstundentag bei den Herren von Dr. Quack, Dr. Sugenberg und Dr. Reichert und denen hinter General Degoutte eine zufällige war? Kein deutscher Arbeiter wird es diesen Prozentpatrioten glauben.

Stärkere Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet.

Selbstlicher, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch und Donnerstag haben im eigentlichen Ruhrgebiet überall Besprechungen zwischen den Betriebsräten und Betriebsverwaltungen über die Arbeitsaufnahme stattgefunden. Die Verhandlungen verliefen reibungslos, da die Arbeitnehmer von den Unternehmern lediglich die Aufrechterhaltung des bisherigen Arbeitstages forderten. Der wurde ohne weiteres zugestanden. Es ist deshalb anzunehmen, daß sich bereits in den allerersten Tagen eine stärkere Arbeitsaufnahme der Arbeit bemerkbar macht. Sie wird jedoch noch bei vielen Betrieben der Arbeiterschaft nicht allgemein sein. Innerhalb der Grenzzone jeder organisierte Widerbelegung des Eisenbahnverkehrs von deutscher Seite stattfinden. Dadurch werden sehr viele Arbeiter, Angestellte und Beamte, die nicht am Ruhrort arbeiten, von den Arbeitsstätten ferngehalten.

Die Entwicklung in Bayern.

Kehr gegen das Hittlerblatt. — Forderungen der Bayerischen Volkspartei. — Die Maßnahmen Kehrs gegen links. — Hittler erhält Zuwachs.

München, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalstaatskommissar hat jetzt auch seinerseits den Willigen Beobachter auf zehn Tage verboten. Das Verbot wird mit einem an Landesverrat grenzenden Aufruf in Anknüpfung der Donnerstagsnummer begründet. Dieser Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Arbeiter! Nach! Feuerbereit! Was wird das Kommando zur Feuereröffnung erschaffen; dann darf keiner von Euch fehlen! Durch Kampfmittel zur Volksgemeinschaft. Meldet Euch zum Artillerieregiment der Sturmabteilung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei!“

In den letzten Monaten und Tagen hat der „Willige Beobachter“ mehrfach ähnliche Aufrufe gebracht, die mit nicht geringerer Deutlichkeit das Ziel der „inneren Reinigung“ verfolgten, ohne daß ihm etwas geschähe wäre. Man geht daher wohl nicht fehl, wenn man hinter diesem Verbot des Herrn v. Kehr den Einfluß gewisser Kreise der Bayerischen Volkspartei vermutet. Mit diese Partei ist jetzt offenbar das Maß voll. Das ist auch aus einem Aufruf zu schließen, den die Bayerische Volkspartei inzwischen an das bayrische Volk gerichtet hat. Unter anderem heißt es in der Rede: „Wir nehmen mit Entschlossenheit den Kampf gegen feindliche, von Deutschland und Vaterland gefährdende Radikalisierung und Verrottung der Geister und die Vergiftung des öffentlichen Lebens auf. In diesem Lehren wir die politischen Methoden aller jener als, die in Verkennung sozialer Notwendigkeiten und politischer Möglichkeiten den Kampf gegen unsere nationale geistliche Staatsregierung mit vergifteten Waffen führen und als Hinderer der Regierung und Volkserziehung ihren ungesägten Willen aufzwingen wollen. Wir bitten unsere Anhänger in Stadt und Land, nur jenen Verbänden als Mitglieder anzugehören, die nicht im Kampf, sondern in zarter Zusammenarbeit mit unserer national gerichteten Regierung die Wege zur Rettung unseres Vaterlandes, ebensowohl. Sieht Euch in einmütiger Geschlossenheit und in vollem Vertrauen hinter die Regierung an. Rüttelt und den von ihr bestimmten Generalstaatskommissar v. Kehr.“

Außerdem wird gefordert: „Zerbrechen“ der „Einkaufsliste von Versailles“, keine neue Unterdrückung, noch ähnliche Maßnahmen, Revision der Weimarer Verfassung, Wiederherstellung des vollen staatlichen Eigenlebens der Gliedstaaten, neue gerecht verteilte Opfer von Besitz und von der Arbeitskraft, Pflege des Wehrgeistes.

Die Größe des Opferwillens der bestehenden Schichten in Bayern wird, aber gleichzeitig an besten Charakter durch ein Telegramm des Ministerpräsidenten an Dr. Stresemann. Der bayrische Ministerpräsident erklärt um die Sicherung der weiteren Steuereinkünfte nach den letzten Einkommensteuern, da durch diese weitere Einhebung in Bayern die Ruhe und Ordnung gefährdet sei. Schöne Parolen, die nur mit dem Mundwert für „Opfer des Volkes“ sind.

Das Ergebnis der demokratischen „Münchener Novembervote“ wurde vom Generalstaatskommissar Kehr bis zum 17. Oktober verboten. Das Blatt hatte in einem Leitartikel kürzlich gegen die Diktatur Kehr Stellung genommen.

Das Blatt schrieb in seiner Dienstausgabe: „Wir leben mit Kehr: Ziel und Weg. Heute gibt es nichts mehr zu verschleiern und nichts mehr zu beschönigen, nur mehr zu sagen, was ist und was man will. Was ist die Diktatur der Willkür und der Willkür der verfassungsmäßigen staatlichen Gewalt in Bayern. Was man will: Eine volle Separation in Form des positiven Widerstandes und einer stillen Flucht in Form der Wehrlosigkeit des linken Teiles der Bevölkerung.“

München, 4. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der ehemalige bayrische Justizminister Dr. Roth, der sich seit langem unabhängig auf seiner eingekerkelten Insel, aber trotzdem damit vereinbar hielt, als dem nationaler Abgeordneter ausgeschieden des von ihm so heftig bekämpften Parlamentarismus zu sein, ist nunmehr aus der Fraktion der Bayerischen Volkspartei ausgeschieden. Veranlassung dazu gab ihm eine Textauskunft über die Partei für Kehr, gegen die Roth eine Reihe von Einwendungen erhob, die aber unberücksichtigt blieben. Der Schritt des mächtigen ehemaligen Justizministers Dr. Roth ist sicherlich auf eine Mahnung des bayrischen Beobachters, an alle Parlamentarier zurückzuführen, die dahinging, die Herren Parlamentarier möchten sich doch im eigenen Interesse möglichst schnell auf den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung nicht zu verlassen. Dr. Roth hält sich offenbar präventiv zum ersten Reichstagsmitglied unter dem Parteiführer.

An die Arbeiter, Angestellten, Beamten!

Ein Aufruf der Gewerkschaften.

Die drei freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, ADGB, Afa und AOB, richten folgenden Aufruf an die Arbeiter, Angestellten und Beamten:

Die Ereignisse der letzten Tage haben offenbar gemacht, welche Gefahren die deutsche Arbeitnehmerschaft bedrohen. Nicht genug, daß der unerbittliche Gegner im Westen auf den Zerfall der Deutschen Republik lauert und an den Grundrissen der Arbeiter, Angestellten und Beamten rüttelt; in Deutschland selbst erheben sich ihre erbittertesten Feinde; im eigenen Land holen ihre wirtschaftlichen und politischen Widersacher zum entscheidenden Schlag aus.

Dieselben reaktionären Kreise, die der Arbeiterbewegung immer den Klassenkampfspunkt zum Vorkurf machten, haben jetzt ihrerseits die Sturmflut des rücksichtslosesten Klassenkampfes gegen die Arbeitnehmer entrollt.

In Bayern triumphiert die Reaktion. Die gesamten Maßnahmen des Herrn von Kehr verfolgen nur den Zweck, unter Schonung der arbeitserindlichen und antirepublikanischen Elemente auf scheinbar legalem Wege die Arbeitnehmerschaft wirtschaftlich und politisch in die alte Hörigkeit zurückzuführen und alle ihre Feinde gegen das Reich und gegen die Arbeitnehmer zu mobilisieren.

Alle innerpolitischen Gegner der Republik, Separatisten, Monarchisten und Rechtsradikale arbeiten sich in die Hände. Alle sind daran interessiert, die Autorität des Reiches zu untergraben. Jede dieser Gruppen sucht in der Vernichtung der Republik die erwünschte Gelegenheit, ihre Sonderziele zu verwirklichen. Alle glauben ihre Stunde gekommen. Soweit ihre Ziele im einzelnen auseinander gehen, eint sie sie in der Bekämpfung der deutschen Arbeiterbewegung. Sie sind die politischen Bundesgenossen des Unternehmers, die Vorhut der wirtschaftlichen Reaktion. Die Entrechtung der deutschen Arbeitnehmerschaft in Staat und Wirtschaft ist ihr gemeinsames Ziel. Sie halten den Zeitpunkt für gekommen, jetzt auch gegen die Sozialpolitik, d. h. die Regelung der sozialen Rechtsverhältnisse, die staatliche Fürsorge für Sozialrentner und Arbeitslose, jeder Entscheidung des Parlaments und der Gewerkschaften zu entscheiden, um sie nur noch in

die Hand einer mit unbeschränkten Vollmachten ausgestatteten Regierungsdiktatur zu legen. Vor allem soll auch die Arbeitszeit ohne das in der Verfassung garantierte Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer beliebig verlängert werden können.

Es ist blutiger Hohn, wenn die Reaktionskräfte vorgeben, diesen Kampf gegen die Arbeitnehmerschaft im Namen der Nation, im Interesse der deutschen Wirtschaft zu führen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sind in den vergangenen Jahren am Rhein wie in Bayern allen separatistischen Machenschaften entgegengesetzt. Sie waren und sind die Vorläufer des Reichsgedankens in allen von Sonderbündlern und Monarchisten geschäfteten Gebieten. Die Gewerkschaften haben die Rechte der Nation, die Interessen der Allgemeinheit verteidigt, indem sie den Egoismus der Unternehmer bekämpften, um dem Staat zu geben, was dem Staat gehört.

Die Entzweiten der Nation waren ihre entschlossensten Verteidiger, sie haben die schwersten Opfer gebracht an Gut und Blut. Nun will man sie mit Füßen treten. Die furchtbare Teuerung steigert täglich die Entbehrung und die Not in den Familien, trotz der hohen Nominallöhne. Unsere wirtschaftlichen Gegner möchten diesen langen Entgelt vermindern. Um die letzte Kraft aus den Arbeitnehmern auszuholen, wollen sie die Arbeitszeit verlängern. Sie wollen die Arbeiter auf die Straße. Unabhängig von wirtschaftlicher Not ermarktet die Scharen der Arbeitlosen diesem Bunde der Arbeiterfeinde gilt es entgegenzutreten.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Erkennt die Gefahr! Jetzt ist nicht die Zeit, in eure eigenen Reihen politische Gegensätze anzulegen und eure Kräfte zu zersplittern. Gegen die Feinde der Arbeitnehmerschaft muß die geeinigte Macht des deutschen Proletariats eingesetzt werden. Nur so ist der Ansturm der Gegner zu brechen. Die Gewerkschaften sind entschlossen, den Kampf um euer Recht zu führen — wenn es sein muß auch mit den äußersten Mitteln, über deren Anwendung jedoch niemand anders als die zentrale Leitung der Gewerkschaften entscheiden darf.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Befolgt ausschließlich die Weisung der Spitzenorganisationen! Haltet Disziplin! Nieder mit den Feinden der Arbeiterklasse! Es lebe die Deutsche Republik!

Der Ausweis der Reichshauptklasse

Für die Defizite von 21. bis 30. September weist eine Einnahme von 640 Millionen Mark und eine Ausgabe von 40 065 Millionen Mark aus. Es ergibt sich also ungefähr 63 Mark Ausgabe eine Mark Einnahme. Die ungeheure Steigerung der Ausgaben wird auf die Auszahlung der Gehälter für Arbeiter an die Reichs-, Staats- und Gemeindebediensteten und das Anwachsen des Lebenshaltungsindezes erklärt. Ferner fallen noch die Ausgaben für die Befestigung des Reichs und die Abhebung der deutschen Reichsbahn infolge der Einbruchsausfälle im Westen Deutschlands ins Gewicht. Infolge der ungeheuren Anforderungen an die Reichsbahn verminderte sich die schwebende Schuld, die am 30. September noch 7 342 Millionen betragen hatte, auf 4 676 Millionen. Sie hat sich also in zehn Tagen um 2 666 Millionen verringert. Die Zinsen für die schwebende Schuld betragen in der Berichtzeit allein 521 Millionen Mark.

Heute Entscheidung über die Koalition zwischen SPD. und KPD. in Sachsen.

Die der „Vorwärts“ aus Dresden erfährt, sind die Vorarbeiten für den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung in der Zusammensetzung der sozialdemokratischen Landesregierung bereits erledigt worden, doch die entscheidende Besprechung des Landesparlamentarischen Ausschusses und der Landtagsfraktion, an der voraussichtlich über die Erweiterung der Regierung abgeklärt zu werden wird, heute stattfinden sollte. Bei einer Übereinstimmung zwischen Sozialdemokraten

und Kommunisten werde der Landtag, der sonst erst am 9. Oktober zusammentreten soll, früher einberufen werden.

Kommunistenzeitungen in Sachsen verboten.

Die kommunistischen sächsischen Zeitungen sind vom Reichskommando IV. auf unbestimmte Zeit verboten worden, und zwar wegen eines im „Sächsischen Volksblatt“ am 1. Oktober veröffentlichten Aufrufs der KPD. zur 3. Internationalen, in dem die Vorbereitung des Generalstreiks, die Bewaffnung der Arbeitermassen und die Arbeiter- und Bauernregierung erneut gefordert wurden. Das Reichskommando begründet das Verbot damit, daß durch diesen Aufruf der Reichspräsident Gehört und die Reichsminister Hilferding und Sellmann beleidigt worden seien. Wir glauben, daß eine Maßnahme in diesem Umfang angeht, die Haltung der Reichspresse das Gegenteil der erwünschten Wirkung haben wird.

Gegen leichtfertige Ausländerhebe.

Der Amtliche preussische Pressedienst teilt mit: In einer Verfügung des Ministers des Innern wird ausgeführt, daß die Ortspolizeibehörden zukünftig zur Einordnung der Auswanderer von Ausländern in allen Fällen die Zustimmung des zuständigen Regierungspräsidenten einzuholen haben.

Ein Dollar (Berlin) 650 000 000 M.
Ein Dollar (Newyork) 500 000 000 M.

In der Familie.

Von Guy de Maupassant.

„Das ist ein reines Unglück“, sagte er, „ein reines Unglück, wenn ich mich den ganzen Tag über daran denke, sobald der Abend da ist, vergehe ich es doch.“ Als er ganz niedergedrückt darüber sprach, richtete sie ihn. — „Du wirst morgen daran denken, damit gut. Was gibt es neues im Ministerium?“

„Eine große Reue, noch einer von den Klumpen in dem Unterholz erkrankt worden.“

„Sie scheute ganz erschrocken drein.“

— „Auf welchem Fuße?“

— „Im Hühner- oder auf dem Hühnerfuße.“

— „In Stelle von Kammern alle, gerade diesen Platz wollte ich für dich, und er, Kammern hat er den lieb?“

„Er hat keine.“ — „Du den lieb?“ Sie wurde rot und ihre Hände rührten auf die Schenkel.

— „Das ist das Ende, ist es Du, diese Rede, jetzt ist nichts mehr zu wollen. Und wie heißt denn Dein Kommissar?“

— „Kommissar.“

Sie nahm den sächsischen Kommissar, den sie stets gut fand, und sagte:

Auf der Treppe erlitt ein Geheul, welches ihren Satz abhört. Marie Louise und Philipp August, welche aus der Wäsche kamen, beglückwünschten sich von Stufe zu Stufe mit Ohreigenen und Schreien. Ihre Mutter fragte sich während auf sie, und jedes bei einem Arm ergreifend, schiederte sie Beide in das Zimmer, wobei sie sie kräftig schüttelte.

So wie sie ihres Bettes empfangen wurden, führten sie auf ihn zu und er küßte sie herzlich zu wiederholten Malen; dann ließe er sie, nahm Beide auf seine Arme und plauderte mit ihnen.

Philipp August hat eine hässliche, fruppige Krabbe, jähmüchtig von Kopf bis Fuß, mit einem Gesicht wie ein Totdel, Marie Louise glück jetzt eben ihrer Mutter, sie sprach eben, während sie ihm die Krabbe, so sie ohne sie lagere ihre Bewegungen nach.

„Was ist das?“ — „Was gibt es neues im Ministerium?“ Er antwortete ihr ruhig.

„Dein Freund Kommissar, der hier alle vier Wochen einmal zu Mittag nach Berlin kam, mein Lohndiener. In seiner Stelle ist ein neuer Unter-Obst erkrankt worden.“ Sie schlug die Augen zu ihrem Vater auf und legte mit dem Willen eines ailingen Kindes: „Es hat Dich also schon wieder erkrankt.“

Er hätte das zu lachen und antwortete nicht; um das Gespräch auf ein anderes Thema zu bringen, wendete er sich zu seiner Frau, welche jetzt an den Fensterhaken polierte: — „Der Kommissar oben geht es gut?“

„Der Kommissar hat mit Philipp auf, wendete sich an und während sie ihre Hände, welche ganz auf den Rücken gerichtet war, wieder gereinigte, sagte sie mit gitternden Lippen: — „O ja! Das ist einmal von Deiner Mutter reden! Die hat mit einem neuen Streich gespielt! Deine Frau, als ob sie Madame Kommissar, die Kommissarin, heranzieht, um von mir ein halbes Gläschen zu trinken, das ich gerade ausgegossen, da hat Deine Mutter sie fortgeschickt, als ob sie eine Bettelstrolach wäre.“

„Hast Du allen nicht schick den Kopf gewaschen. Sie hat nicht auf, als ob sie nicht wüßte, um was es sich handelt, wie sie es immer macht, wenn man ihr die Wahrheit sagt, aber sie hat eben so gut wie ich, glaube mir, das ist die reine Kerlschheit, sie ist dann auch, ohne ein Wort zu sagen, nach oben gegangen.“

„Gottanau schweig ganz verzwirrt, als die kleine Dienstmagd ins Zimmer kam, um zu melden, daß das Essen angerichtet sei. Und nun keine Mutter zu beschuldigen, nahm er einen Bechertel, der immer in einer Ecke stehen stand, und trank damit dreimal

an die Decke. Dann gingen alle in das Speisezimmer, wo die jüngere Frau Carawan, während man auf die Aste wartete, die Suppe aufgab. Sie kam jedoch nicht und die Suppe wurde kalt. Endlich gingen alle an sie, so daß die Teller bald leer waren, aber es wurde immer noch gewartet und Madame Carawan wendete sich während zu ihrem Mann:

„Sie hat es mit Achtheit, meinst Du. Du gibst ihr so auf immer, Recht.“ — „Daß bei diesem Vorwurf ganz verduht, weiß jemand, der sich zwischen zwei Stühle gesetzt hat; endlich schickte er Marie Louise, um Großmama zu holen, und blieb unbeeindruckt mit niedergedrungenen Augen sitzen, während seine Frau, innerlich wütend, den Fuß ihres Glases mit dem Messer bearbeitete.“

„Wichtig ging die Tür auf und das Kind kam allein zurück, es war ganz außer Atem und sehr blaß, als es schnell sagte: — „Großmama liegt auf der Erde.“

Carawan fuhr mit einem Schrei in die Höhe, warf seine Serviette auf den Tisch und stürzte nach der Treppe, auf der man seine schweren eiligen Schritte hörte, während seine Frau, die an eine neue Hinterlist der Schwiegermutter glaubte, ziemlich gelächelt hinterdrein ging und verächtlich die Schenkel zuckte.

Die Alte lag, so lang wie sie war, mit dem Gesicht nach unten auf dem Boden, mitten im Zimmer; als ihr Sohn sie herangebracht hatte, blieb sie ohne Bewegung, ihr Körper war verkrüppelt, die gelbe Haut fallig, wie gerötet, ihre Augen blieben geschlossen und die Zähne zusammengedrückt, der ganze magere Körper war fest wie ein Stein.

Carawan, der vor ihr kniete, schluchzte laut:

— „Meine arme Mutter, meine arme Mutter!“

Als die jüngere Madame Carawan die Dinge einen Augenblick betrachtet hatte, sagte sie: „Was! Sie hat schon wieder eine Ohnmacht, weiter ist es nichts, sie will uns nur nicht zu Mittag essen lassen, darauf kannst Du Dich verlassen.“

Man trug den Körper auf das Bett und entleerte ihn vollständig, worauf alle, Carawan, seine Frau und die Magd, zu reiben ankamen. Trotz all ihrer Anstrengungen kam sie nicht wieder zum Bewußtsein. Nun wurde Hofrat zum Doktor Chever geschickt. Er wollte am Quai nach Suresnes zu. Es war ein weites Stück Weges und sie mußten lange warten. Endlich kam er an, nachdem er die alte Frau betrachtet, befüßt und behorcht hatte, sagte er bestimmt: „Das ist das Ende.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Junter als Totschläger?

Freispruch von Kühne!

Am zweiten Verhandlungstag ist der Junter Kühne schon nicht mehr so selbstbewußt in seinem Auftreten. Ein Vorkamertermin auf seinem Bestehen, der bevorsteht, und die Auffassung des Berliner Kriminalbeamten, der im Auftrag des preussischen Innenministeriums in langwieriger und mühsamer Arbeit das über der Mordtat schwebende Dunkel an Ort und Stelle zu klären suchte, beraubt den Angeklagten seiner Ruhe und macht ihn nervös. Kein Wunder: Der Junge sah das Ergebnis seiner Untersuchung dahin zusammen, daß er zu der Überzeugung gelangt sei, daß der Tote auf irgend eine Weise gewaltsam getötet worden sei; ein Selbstmord scheide seines Erachtens völlig aus. Im Falle, in dem die Untat geschah, fand der Junge noch einen Mordverdacht und einen Vorbezug des Getöteten. Der Sprößling des alten Kühne äußerte sich dem Zeugen gegenüber selbst: „Na, ob es nicht der Alte gewesen ist?“

Der Hauptbelastungszeuge gegen v. Kühne, dessen Auffassung der Kriminalbeamte nicht unwahrscheinlich hält, ist ein Arbeiter, der am Tage der Mordtat im Schlosser Wald nachsehen wollte. Ihn selbst beachtete der schicksalhafte Schloßher nicht; von seinem Besten aus will er jedoch gesehen haben, wie v. Kühne den Jungen mit „Lümmel“ angesprochen und auf den Knieenden dann zweimal geschossen habe. Der Getroffene sei vornüber gefallen, habe sich auch wieder aufgesetzt und in die Büsche geschleift.

Am Nachmittag des zweiten Verhandlungstages begab sich der Gerichtshof mit allen Prospektnehmern nach Schloss Köpenick, um dort im Sternwald, dem Ort der Mordtat, einen Vorkamertermin vorzunehmen.

Nach 2½ Stunden kehrte das Gericht nach Potsdam zurück. Nach am Abend noch die Schlußverhandlung an. Vom juristischen Standpunkt aus wird ein Selbstmord nicht für unmöglich gehalten; der Lecker im Schuß seien keine Schußwunden. Höchstwahrscheinlich kam die gefundene Kugel aus dem bei der Leiche liegenden Revolver. Daß dieser geschickt war, ist auch möglich, indem die Leiche später von selbst in die Lunte fiel. Unwahrscheinlich ist, daß das Geschloß zum mörderischen Körper durchschlug habe.

Am dritten Verhandlungstage hat der Vertreter der Anklage als erster das Wort. Schon als bei der Vernehmung die Schuldfrage der Staatsanwaltschaft auch die Frage nach mörderischen Umständen beantragte, sprang der Angeklagte auf und rief: „Ich werde auf mörderische Umstände, ich will nach dem Recht beurteilt werden.“ Staatsanwalt: „Wie ich sagte!“ Vorleser: „Der Angeklagte hat den Junge zu tun, bis der auf der Karriere steht, der Junge wieder mit der Karte auf die Karriere schick, sich bezeugt.“ Die Verhandlung ist nicht auf mörderische Umstände und auf Mordverdacht mit Todesstrafe gestellt. Der Vertreter der Anklage hat am Ende des Schluß, daß der Angeklagte am Vormittag des 8. Mai von Kühne angeschossen und an diesem Tag gestorben sei. Er hat daher die Frage nach Totschläger zu bejahen und mildernde Umstände zu bejahen.

Der Vertreter der Anklage bemühte sich, die Anklage und ihre Angaben zu vermindern. — Um 3 Uhr nachmittags gegen 10 die Verhandlung zur Beratung zurück. Bereits nach einer halben Stunde verteilte der Obmann den Wahrspruch: „Die Angeklagten haben sämtliche Schuldfragen beantwortet.“ Daraufhin sprach das Gericht den Angeklagten v. Kühne frei und legte die Kosten des Verfahrens auf Staatslast auf.

Unter Berichterstatter schreibt dazu: Man mag zu dem Urteil der Geschworenen in diesem Prozeß, in dem die Zeugenaussagen nicht widerspruchsvoll waren wie die verschiedenen Indizien, haben wir nicht will; der Verlauf des Prozesses bedeutet trotz aller gerade wegen seines Ausgangs auf alle Fälle eine schwere Angelegenheit der Staatsanwaltschaft in Potsdam. Das Dunkel über die Ermordung des jungen Menschen auf dem Bestehen des Junters v. Kühne mußte unter allen Umständen unmittelbar nach Auffindung der Leiche eine Klärung in Gerichtsverfahren finden. Daß das damals unterließ und man leicht über ein mörderisches Verbrechen hinweg sieht, ist die große Schuld der zuständigen Staatsanwaltschaft. Heute, über 2½ Jahre nach dem tragischen Vorfall, ist die Klärung nicht mehr möglich gewesen, die im allgemeinen Interesse, nicht zuletzt auch in dem des jetzt freigesprochenen Angeklagten gelegen hätte.

Eine Rede Geeats.

Gestern wurden im Gebäude des Reichswehrministeriums zwei Gedenktafeln enthüllt, die die Namen aller derer enthalten, die als Angehörige der militärischen Zentralbehörden im Kriege gestorben sind. Die Tafeln verzeichnen die Namen von 118 Offizieren und 78 Beamten, die ihre Tote zum Vaterlande mit dem Tode bezeugt haben. Zu der Feier waren außer den Angehörigen des Reichswehrministeriums Vertreter von Bayern, Sachsen und Württemberg und die Vorstände der Vereine der Offiziere und Beamten des ehemaligen Kriegsministeriums und des Generalstabes geladen. Der Chef der Festsetzung hielt folgende Ansprache: „In unendlich erhabener Stunde treten wir zusammen, um unsere Toten zu ehren. Nicht schlicht und nicht innerlich genug kann diese Ehrung sein. Wir feiern kein Fest. Wir feiern nicht mit rauschender Musik, mit wehenden Fahnen und mit tönenden Reden unsere Niederlage. Die Toten bedürfen einer Ehrung nicht mehr. Ihre Ehre liegt in der Erfüllung ihrer Pflicht. Zur uns Rücksehende erhebt sich die tote Frage: Sind sie umsonst gestorben? Geht in dieser Stunde das zugrunde, was sterbend ihre Weiber bedachten, das Reich? Dann freilich ist es bittere Ironie, daß wir heute Gedenktafeln errichten, auf denen die Namen der Kämpfer aller deutschen Stämme verzeichnet sind, die der Reden dem gemeinsamen Kampfe geweiht haben und die der Tod auf ewig einte. Wagt also Deutschlands Kraft, Ehre und Einheit nur in der Vergangenheit? Und wir, wir Lebenden, lassen kraftlos, ehrlos und unweis das Reich in Stücke gehen? Aus diesen Tafeln sprechen Taten zu uns und fordern, daß hier in diesem Hause, dessen Eingang sie weisen, noch eine Stätte bleibt, wo mit heißem Herzen und kühnem Kopfe gearbeitet und wenn es nötig ist, gestorben wird für das Reich. Nachdem der Chef der Marineleitung der Toten der Marine gedacht hatte, übernahm der Reichswehrminister die Tafeln in den Schuß des Harnes.“

Die Reichsindexziffern.

Für den Durchschnitt des September berechnet sich die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung) auf das 15,0-Millionenfache gegenüber dem 588.000-fachen im Durchschnitt des August. Die Steigerung beträgt 2460 Prozent. Dem Monatsindex liegen Erhebungen in 71 Gemeinden an 4 Stichtagen des September zugrunde. Außerdem fanden noch die Indexziffern vom 27. August bis zum 1. Oktober zur Ermittlung der Steuerung in den beiden ersten und den sechs letzten Septembertagen entsprechende Berücksichtigung. Die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung sind im Durchschnitt September auf das 18,2-Millionenfache und die Bekleidungskosten auf das 26,5-Millionenfache der Vorkriegszeit gestiegen. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für den 1. Oktober auf das 40,4 Millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche beträgt somit 44,3 Prozent. (Am 26. September betrug die Reichsindexziffer das 28 Millionenfache. Red.)

Gewerkschaftsbewegung.

Der schlesische Arbeitsmarkt.

Wochenbericht für die Zeit vom 9. bis 15. September 1923. (Schluß.)

In der Papierindustrie wurde in einer Brieger Papierfabrik Kurzarbeit eingeführt sowie in mehreren Papierfabriken in Glatz und in der Papierfabrik Glatz, Kreis Löwenberg. In den Hirschberger Papierfabriken mußten starke Betriebserschütterungen bzw. gänzliche Stilllegungen vorgenommen werden. Die Papierfabriken Stallung & Ziem im Kreise Sprattau und Wange, Kreis Sagan, haben ihre Betriebsarbeit entlassen. Durch teilweise Wiederaufnahme des Betriebes der Hainauer Papierfabrik konnte die Belegschaft (800 Mann) wieder Beschäftigung finden.

In der Lederindustrie hat die Nierenfabrik Fabrik Veier in Hermsdorf, Kreis Hirschberg, ihre Arbeitszeit stark verkürzen müssen. Auch in der Lederindustrie des Glaser Bezirks herrscht Kurzarbeit vor. In Neumarkt hat die Gerberei Gottschlich, die bisher Kurzarbeit verrichtete, sämtliche Leute entlassen. Ebenso haben die Lederfabriken des Sprottauer Bezirks Arbeitszeitverkürzung vorgenommen. In Löwenberg arbeitet die Postfabrik Hünner und eine Sportartikelfabrik verfährt.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe wird es namentlich wieder die Sägewerke, die unter der Berücksichtigung der Arbeitsmarktlage zu leiden haben. Im schlesischen Dammsägewerk in Weichsel wird verfährt gearbeitet, ebenso im Sägewerk Schwahn in Warmbrunn, Kreis Hirschberg; die Kungendorfer Sägewerke, Kreis Steinmau a. O., der Schneidemühlenerbetrieb Walden, Kreis Freyburg, drei Sägewerke des Habelschwerder Bezirks, ein Sägewerk im Kreise Briesg und in Zaltenberg haben Kurzarbeit eingeführt bzw. Entlassungen von Arbeitsträgern vorgenommen. In der Möbelindustrie mußte die Holzbearbeitungsanstalt Weigel & Lange sowie verschiedene Stellmachereier und Tischlereien in Löwenberg Kurzarbeit einführen. In Weichsel arbeitet die Möbelindustrie auf Lager und nur durchschnittlich drei Tage in der Woche; jedoch sind die Weichseler Manufakturbetriebe zurzeit noch verhältnismäßig mäßig beschäftigt, man befindet sich jedoch hier bei der Störung der Erzeugungsmöglichkeit. In Breslau haben die schlesischen Möbelwerke ihren Betrieb eingestellt und eine weitere Anzahl Möbelbetriebe weitere Arbeitszeitverkürzung einführen müssen. In Habelschwerdt hat eine Möbelbetriebe ihre Arbeitszeit auf drei Tage in der Woche vermindert.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ist die Arbeitsmarktlage für Läden und Fleischer unübersehbar ungünstig. Auch die Beschäftigung in der Schokoladeindustrie liegt niedrig. In Schönbach hat die Schokoladenfabrik Kurzarbeit eingeführt. In Breslau arbeiten fast sämtliche Schokoladenfabriken normal. In Habelschwerdt führte eine Brauerei Kurzarbeit ein. Entlassungen fanden in der Textilfabrik in Warmbrunn, Kreis Hirschberg, wegen Personalmangels statt. In Weichsel führten mehrere Kfz-Fabriken Kurzarbeit ein. Auch in der Textilindustrie hat sich die Lage weiterhin ungünstig gestaltet. Namentlich in Weichsel arbeitet eine Anzahl Spinnwebbetriebe vermindert (Salpans drei Tage, Sutton einen Tag).

Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe haben in Strahlen die Schneidwerkstätten um Zeit infolge Auftragsmangel schließen müssen. Ebenso steht auch die Schuhfabrik in Freyburg, demnach größere Entlassungen vorzunehmen. Weitere Verkürzung der Arbeitszeit nahm die Glaser Bekleidungsindustrie vor, gleichfalls führte eine Anzahl Breslauer Konfektionsfirmen verminderte Arbeitszeit ein. In Glogau hat die Schuhfabrik Weibel ihren Betrieb geschlossen und 100 Arbeitsträger zur Entlassung gebracht.

Im Baugewerbe ist die Beschäftigungsmöglichkeit weiter zurückgegangen. Selbst in Obereschlössen herrscht zurzeit eine große Arbeitslosigkeit unter den Bauhandwerkern. In Mittel- und Niederschlesien ruht die Bauwirtschaft fast ganz.

Im Vertriebs- und Handelsgewerbe hat das „Priegnitzer Lagerhaus“ 20 Schaffner entlassen. In Breslau führte eine größere Drucker Kurzarbeit ein. In Weichsel hat die „Volkzeitung“ ihr Erscheinen eingestellt, wobei mehrere Schaffner zur Entlassung kamen. In Hirschberg mußte die Schließliche Verbandsdruckerei einen großen Teil ihrer Arbeitsträger entlassen. Der „Bote aus dem Riesengebirge“ hat den Betrieb nach weiter eingestellt. In Sprottau führte die dortige Zeitung Kurzarbeit ein und beschloß, demnach Leute zu entlassen. Die Bunzlauer Druckerei hat ihr gesamtes technisches Personal entlassen; dasselbe war der Fall beim „Neukalzer Stadtblatt“.

In Holz- und Schankwirtschaftsgewerbe besteht in den Hotelbetrieben der Gebirgsorte zurzeit keine Nachfrage nach Arbeitsträgern.

Im Verkehrsgewerbe ist die Lage nach wie vor ungünstig. Die Zahl der Stellungslosen Schiffer nimmt ständig zu. Für häusliche Dienste hat das Angebot zugenommen, jedoch nicht in ausreichendem Maße.

Für kaufmännische und Büroangestellte sowie Techniker aller Art hält die Verhältnisse der Arbeitsmarktlage weiter an.

Wo bleibt die Erhöhung der Beamten-Gehälter?

Das Reichsfinanzministerium will nach Hilferdings Rücktritt nicht mehr heranz.

Obwohl die Reichsregierung nach dem vom Reichstag ausdrücklich gebilligten Juliabkommen verpflichtet ist, in Verhandlungen eine Anpassung der Beamtengehälter an die Geldentwertung vorzunehmen, erklärte die Regierungsvizepräsidentin am Donnerstag plöblich, keine Vollmacht für eine Anpassung ab 1. Oktober zu haben. Hierbei spielte auch der Umstand eine Rolle, daß die Regierungsvizepräsidentin angeblich nicht wußte, ob die bisherigen Minister die Geschäfte bis zur Bildung eines neuen Kabinetts weiter führen. Sie erklärte schließlich, weder den Minister Dr. Hilferding noch den Staatssekretär Schroeder erreichen, für ihre Person aber keine Stellung nehmen zu können. Angehts dieser Lage sah sich die Untertommision der Gewerkschaften veranlaßt, unter Protest den Verhandlungsstuhl zu verlassen.

Buchdruckerlöwe.

Vom Buchdrucker-Verband, Ortsverwaltung Breslau, wird uns berichtet, daß die Lohnverhandlungen über die Löhne für die Woche vom 6.—12. Oktober durch Einigung innerhalb der Tarifkommission abgeschlossen sind. Die genauen Zahlen sind im Büro zu erfahren.

Abkürzung der Wartzeit in der Erwerbslosenfürsorge.

Auf Grund des § 9 Absatz 1, Satz 4 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge ordnet dem Amtlichen Preussischen Presseblatt zufolge, der Reichsfinanzminister mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers in einem Erlaß an, daß bis auf weiteres die Wartzeit für Empfänger von Erwerbslosenunterstützung allgemein bis auf drei Tage abgekürzt wird.

Ein Streit der Gewerkschaften in Zabrze ist aus Differenzen über die Höhe der gestrigen Zahlungen vorläufig entstanden. Der größte Teil Westschlesiens wird von Zabrze aus mit Licht und Kraft versorgt, so daß durch den Streit verschiedene Werke lähmungsgefahr werden.

Amerikanischer Gewerkschaftscongreß.

Wie aus New York gemeldet wird, wurde die 43. Jahresversammlung der amerikanischen Gewerkschaften durch Samuel Gompers eröffnet, der in seiner Begrüßungsansprache darauf hinwies, daß die durchschnittlichen Löhne der gewerkschaftlich organisierten die Löhne der Nichtorganisierten überträfen. Gompers sprach zugleich den Wunsch aus, daß die Gewerkschaften der Parteipolitik fernhalten möchten.

Arbeiter-Sport

Bezirksvorturnier der Arbeiterturner vom 30. September in Ohlau.

Nach einer kurzen Besprechung über den Statutenlauf Breslau-Ohlau-Brieg, in welcher noch einige wichtige Fragen erörtert wurden, eröffnete Turngenosse Pfeiffer die Vorkamerterunde. Er erklärte kurz und faßlich den Wert der Vorkämpfungen bei Jung und Alt. Praktisch durchgeführt, zeigten diese jedem, wie gut sie geeignet sind, das Blut des Menschen in Wallung zu bringen. Sie eignen sich also sehr gut als Erwärmungsübungen in den kalten Winterturnstunden. Nach diesem folgte das eigentliche Geräteturnen. Obersowie Mittelstufenturner kamen auf ihre Rechnung; viel neue Übungen wurden gezeigt und ein jeder konnte neuen Lehrstoff mit nach Hause nehmen. Nach kurzer Mittagspause folgte die GYMNASTIK. Leider hatte auch diese, wie die vorherige Turnstunde, sehr unter dem Turnfest in Weichsel zu leiden. Es muß für die Folge streng darauf geachtet werden, daß innerhalb des Bezirkes nicht mehrere Veranstaltungen auf einen Tag fallen. Der Turnbericht konnte nicht gegeben werden, weil es leider erst zwei Vereine für nötig gehalten haben, die Statistik hinzulegen. Bei der Besprechung über die Leitung und Einleitung der Turnstunden wurden Einwände nicht erhoben. Einzelne Wünsche der Anwesenden sollten in der nächsten Vorkamerterunde, die Anfang nächsten Jahres in Oels stattfinden soll, berücksichtigt werden. Hauptächlich soll diese Turnstunde jedoch zur Ausbildung von Kampfrichtern dienen. Die Turnturner haben für die Folge zu sämtlichen Bezirksvorturnieren gleichfalls zu delegieren, wenn nicht vom Bezirksvorturnerwart andere Befanntmachungen erfolgen. Die Kritik vom Bezirksturnfest wurde ebenfalls in sachlicher Weise geführt. Die schlechte Beteiligung des Breslauer Vereins an den Vorkämpfungen wurde gerügt. Turngenosse Pfeiffer, der sein Amt zur Verfügung stellte, erklärte sich nach Aussprache bereit, bis zum nächsten Frühjahr die Geschäfte weiter zu führen. Unter Berücksichtigung wurden noch einige kleine Anfragen erledigt. Schluß der Sitzung um 4 Uhr. Anwesend waren folgende Vereine: Breslau mit 7 Turngenossen (leider waren hier von der 7. Abteilung nur 3 vertreten), Gansau 2, Klein-Hochberg 2, Kienitz 1, Strehlen 2, Ohlau bei der Turnstunde 4, bei der Sitzung keine. C. Kaiser.

Fußball.

Serienspiele am Sonntag, den 14. Oktober.			
Sonderklasse I und II. Mannschaften:			
300 West I	— Herta I	Eichenpart	Wölfe, B. f. L.
120 West II	— Herta II	Eichenpart	Magdassau, B. f. L.
320 Sturm I	— Briesg I	Schneidewald	Rittmann, B. f. L.
120 Sturm II	— Briesg II	Schneidewald	Habelschwerdt, Sparta
320 Süd I	— Silesia I	Krieten	Stöbe, Sparta
320 Silesia II	— Süd II	Leerbeutel	Zeit, 1922
320 Sparta I	— Stern I	Gansau	Neumann, Falte
320 Stern II	— Sparta II	Gräbchen	Leiser, Süd
320 B. f. L. I	— 1922 I	B. f. L.-Blag	Schaf, Stern
A-Klasse I und II. Mannschaften:			
320 Union I	— Dels I	Deutsch-Ohla	Progrisse, West
120 Union II	— Dels II	Deutsch-Ohla	Progrisse, West
320 Riders I	— B. f. L. I	Gräbchen	Koßlich, Bors.
320 B. f. L. II	— Riders II	Niemanshöhe	Dehmet, Süd
320 Wader I	— Sportfr. I	Gansau	Maganus, B. f. L.
320 Sportfr. II	— Wader II	Zantsholzwiese	Gewert, Sturm
320 Ohjan I	— Falte I	Ohlau	Schaffer, 1922
120 Ohlau II	— Falte II	Ohlau	Schaffer, 1922
320 Möwe I	— Dswih I	Dswih	Weybraun, Sturm
B-Klasse:			
320 Trebnitz I	— Weichsel I	Trebnitz	Gudo II, Bors.
320 Strehlen I	— Schwölch I	Strehlen	Wagner, West
320 Hundsfeld I	— Wohlau I	Hundsfeld	Häbich, Stern
III. Mannschaften:			
120 Süd III	— Silesia III	Leerbeutel	Grzmehle, Spfr.
120 Wader III	— Sparta III	Gansau	Siepmann, Falte
120 B. f. L. III	— Sportfr. III	Eichenpart	Falke, Heros
I. Jugendmannschaften, A-Klasse:			
120 Stern I	— Sturm I	Gräbchen	Gräblich, Wader
10 B. f. L. I	— West I	B. f. L.-Blag	Robur, Union
120 Süd I	— Sparta I	Krieten	Tjhanpel, B. f. L.
I. Jugendmannschaften, B-Klasse:			
120 Dswih I	— Strehlen I	Dswih	Altman, Sparta
320 Falte I	— Riders I	Neufisch	Neumann, Sturm
320 Wohlau I	— Dels I	Wohlau	Heitl, Wohlau
II. Jugendmannschaften:			
10 Stern II	— Sturm II	Gräbchen	Gomille, Dswih
10 West II	— B. f. L. II	Eichenpart	Müßig, Sparta
320 Möwe II	— Falte II	Rittmannplatz	Murkste, Sparta
Sämtliche Spiele ohne Wartezeit.			

Bezirksnachrichten. Freitag, den 12. Oktober, 7 Uhr, bei Fritz, Schiedsrichter-Vereinigung. Sämtliche ungeprüften Schiedsrichter haben teilzunehmen. Zehlen wird befristet.

Berichtigung: Sonntag, den 7. Oktober, Riders II — Sportfreunde II, Schiedsrichter: Zeit, 1922.

Zurückgezogene Mannschaften: Heros II, Strehlen II, Strehlen II, Jugend, Sparta II, Jugend, West IV, Silesia I, Jugend, Herta III, M. Sämtliche Spiele, die gegen die angeführten Vereine angelegt sind, fallen weg. V. U. Max Schal. Berichterstattervereinigung. Die Vereine müssen meinstens einen Berichterstatter zu jeder Sitzung senden. Alle Resultate sind jeden Sonntag, abends bis 8 Uhr, entweder unter Ohje 7278 anzugeben oder mündlich im Breslauer Haus, Friedrich-Wilhelm-Strasse 92 anzugeben. — Nächste Sitzung Dienstag, den 9. Oktober, ebenfalls selbst anzugeben. — Der Obmann.

A.-S.-C. Borswärts. Freitag, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau. Sonntag, den 7. Oktober, früh 8 Uhr, Start Ring. Alle Tourenfahrer beteiligen sich als Kontrollposten bei Ausragung des Vereinsmeisterjubiläums-Rennens. Gefahren wird die Heine Gantstrecke. Rennfahrer früh 9 Uhr Ring, Ziel und Start Gräbchen Friedhöfe. Nachmittags 1 Uhr Ring. Ausfahrt wird am Start bekannt gegeben. — Alle Rennfahrer treffen sich Sonnabend, abends 8 Uhr, Gewerkschaftshaus, Der Sportausflug.

Schwimmverein Weichsel (Jugendabteilung). Sonntag, den 7. Oktober, vormittags 10 Uhr, muß alles zur Einübung des Rennens erscheinen. Montag, den 8. Oktober, abends 7 Uhr: Jugend-Versammlung im Jugendheim an der Marktastung. Dasselbst Empfang der Badefarten. Jugendleiter 5. Ged. Die Berlinfahrer treffen sich Sonnabend früh, spätestens 8,30 Uhr, Hauptbahnhof, Vertehrskafk.

Athletenklub „Germania 1897“. Freitag, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, bei Klante, Hochstraße 7, Monatsversammlung.

Touristen-Verein Naturfreunde. Die Gruppe für Natur- und Heimatkunde tagt jeden Freitag, abends 7 Uhr, bei Freund Stübner, Förscherstraße 1. Thema: Das geheimnisvolle Leben im Innern unserer Erde. Aufkane und Erdbeben, ihre Entstehung und Auswirkung. Montag, den 8. Oktober: Führer-Sitzung bei Freundin Wike, Hubenstraße 11.

Arbeiter-Schachverein Breslau. Morgen Sonnabend, den 6. Oktober, findet abends 8 Uhr, die Vorstandssitzung statt.

Arbeiter-Raglerverein von 1821. Donnerstag, 11. Oktober, abends 7 3/4 Uhr, Mitgliederversammlung im Zimmer 78. Es wird auf die Kartenaufnahme aufmerksam gemacht. Der Vorstand.

Arbeiter-Samaritaner, Bezirk 4 (Jugend). Montag, 8. Oktober, abends 10 Uhr, findet im Zimmer II des Gewerkschaftshauses die Bezirksversammlung statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist sämtliches und zahlreiches Erscheinen unbedingt erforderlich. Der Vorstand.

Familien-Anzeigen

Am 2. Oktober verschied infolge Unfall nach kurzem, schweren Leiden unser Parteigenosse und Gemeindevorsteher

Karl Mangliers

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren 1573

Die Genossinnen und Genossen der Ortsgruppe Kattern der S. P. D.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Am Dienstag, den 2. Oktober, verstarb nach kurzem, schweren Leiden unser treuer Mitarbeiter und Verbandskollege, der Arbeiter

Paul Sowa

im 34. Lebensjahre. 2594

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Beerdigung: Freitag, 5. Oktober, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Coseler Friedhofes aus.

Neue Höchstpreise für Kohlen und Breits.

I. Sie betragen für den Zentner ab 5. Oktober 1923:

ab Lager frei Haus frei Keller

Stück, Würfel, Fuß 250 000 000 256 240 000 238 150 000 000

Stück, Würfel, Fuß 215 000 000 221 240 000 223 240 000

II. Ermäßigung für den Zentner frei Haus und frei Keller:

bei mehr als 10—30 Zentner 300 000 000

30—50 „ 340 000 „

50 „ 1 200 000 „

III. Erhöhung für den Zentner bei Abträgen über 50 m

zwischen Borkheimstraße und Lagerhaus oberhalb der

wenigstens 8 Sinter bei Steinkohlen 955 000 000, bei

Staubkohlenbreits 1 050 000 000 2589

Der Magistrat.

Der große Sieg-Operettenfilm ein Ereignis für Breslau!

Die Fledermaus 4 Akte

von Johann Strauß

Personliches Auftreten

Gesangseinlagen von

Frau Lilli Pfeiffer Ernst Fuessek

Opernsängerin früher in hies. Opernhaus, Zirkus Oper.

In Film als Darsteller

Eva May = Harry Liedtke = Lya de Pasty

Paul Heidemann

Ferner:

Fatty bei der Heilsarmee

Mik

Ernst Liebich Katharinenstraße 2
Violon * Laute * Gitarre * Mandoline * alle Arten * Basson

Bekanntmachung

betreffend anderweitige Berechnung von Zinsbüssen auf Grund des Steuerzinsgesetzes.

Zufolge Verordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 27. September 1923, Artikel II, werden als Zuschlag, der gemäß Artikel III, § 1 des Geldentwertungsgesetzes in der Fassung des Steuerzinsgesetzes vom 11. August 1923 bei verspäteter Zahlung zu erheben ist, bei Zahlungen, die nach dem 30. September 1923 fällig werden, nicht mehr 400 vom Hundert des Rückstandes für jeden angefallenen halben Monat erhoben, sondern es wird der rückständige Abgabebetrag aufgewertet, indem nach den für die Landabgabe maßgebenden Geldumrechnungssätzen, die für den Zahlungstermin und den Zahlungstag gültig sind, einverleibt der Goldmarkbetrag der Steuerschuld am Fälligkeitstage, andererseits der für diesen Goldmarkbetrag am Zahlungstage zu errichtende Papiermarkbetrag festgesetzt wird. Der Unterschied zwischen dem hiernach auf den Zeitpunkt der Zahlung berechneten Betrage und dem Betrage der ursprünglichen Zahlung wird als Zuschlag erhoben. Mindestens sind 10 v. H. des ursprünglichen Papiermarkbetrages als Zuschlag zu zahlen. Diese Bestimmung findet auf die Landabgabe keine Anwendung.

Den Steuerpflichtigen ist gefordert, die Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer und die Abgaben auf den Verbrauch, die am 5. Oktober 1923 fällig sind, in der angegebenen Weise aufzuwerten, im Laufe des Monats Oktober zu zahlen. Geht die Zahlung bis spätestens 12. Oktober 1923, wird zwar nicht von der Aufwertung, bezogen von der Erhöhung des Mindestzuschlags von 10 v. H. Abstand genommen. Es wird jedoch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die pünktliche Zahlung am 5. Oktober nicht nur im dringenden Interesse des Steuerpflichtigen liegt, sondern auch im eigenen Interesse des Steuerzinsgesetzgebers liegt, weil er das Risiko der Geldentwertung trägt und bei gleichzeitiger oder späterer Zahlung mindestens 10 v. H. als Zuschlag entrichten muß.

Breslau, den 4. Oktober 1923.

Hauptamt Steuern-GH.

Hauptamt Steuern-Red.

Hauptamt Steuern-GH.

Zahlungen an Angestellte.

Da die Verhandlungen über Erneuerung der Tarifverträge vorläufig gescheitert sind, ersuchen wir, den Angestellten in allen Betrieben der Industrie und des Handels

am Sonnabend, den 6. Oktober 1923

für die Zeit vom 1. bis einschließlich 5. Oktober

das 60fache des gesamten Grundlohnsbetrags des Tarifvertrages (Arbeitgeber-Zeitung Nr. 14 vom 17. Juli 1923)

anzuzahlen. Nähere Mitteilung über die Verrechnung der sozialen Lasten erfolgt durch die nächste Nummer der Arbeitgeber-Zeitung.

Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände.

Stadtheater.

Freitag 7 1/2 Uhr:

Idelfio.

Sonnabend 7 Uhr:

Der ferne Klang.

Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:

Die Hofdame.

Abends 7 1/2 Uhr:

Da Traviata.

Schauspielhaus.

Operettenbühne, Tel. Ring 5545

Freitag 7 1/2 Uhr:

Der Gauflertönig.

Sonnabend 7 1/2 Uhr:

Schauspiel **Edith Karin**

Madame Pompadour.

Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:

Das Dreimäderlhaus.

Sonntag und Donnerstag

7 1/2 Uhr:

Schauspiel **Edith Karin**

Die Kaiserin.

Montag u. Mittwoch 7 1/2 Uhr:

Schauspiel **Edith Karin**

Ratja, die Tänzerin.

Dienstag 7 1/2 Uhr:

Schauspiel **Edith Karin**

Der letzte Walzer.

Thalia-Theater

Telefon Ring 6700

Täglich 7 1/2 Uhr:

Der lustige Schwan

Der müde Theodor

mit

Luwig Süssel.

MARMORHAUS

Theater - Varieté

Friedr. Wilmstr. 33

Täglich 7 1/2 Uhr:

Die gewaltige

Varieté

Schau

Elwino

Allice u. Heinz

3 Schneider

Svaro

R. W. Schmidt

Bernh. Severo

Theatrefest

Harry Cobler

3 Worcester

Togo-Togora

Fred Hero

3 Honnek's

Fred Pauli

Vorverkauf in den

besten Stellen

Bitte bei allen Einkäufen stets die Interessenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Das Haus der Herren-Bekleidung

Eröffnung

Morgen Sonnabend, d. 6. Oktober

vormittags 10 Uhr



Gebr. Kreutzberger

Ferruf Ring 6423 Schmedebrücke 21

Geh

Hammerl 3/5

Erstaufführung!

2 sensationelle Schlager!

Im g. Uebung-Sitz!

Das Geheimnis jener Nacht

(Der einzige Zeuge)

mit Carola Toelle, Alfred Abel, Hermann Ficht, Karl Harbacher.

Ferner:

Der erschütternde Film der Revolution:

Narodeure der Revolution

Ein packendes Zeitgemäße aus den ersten Tagen des Umsturzes.

Insgesamt 10 g. Akte.

Jugendliche unter 15 Jahren haben keinen Zutritt

TAN In beiden Theatern **OK**

Freitag, den 5. Oktober

Wirbelwind

Der gewaltigste amerikanische Sensationsfilm (Bayrische Film-Gesellschaft):

in 5 Teilen zu 6 Akten.

I. Teil: **Die Bankräuber von Massachusetts.**

II. Teil: **In den Schluchten des „Connecticut“.**

III. und IV. Teil anschließend **Dienstag, den 9. Oktober.**

V. Teil anschließend **Freitag, den 12. Oktober.**

Ferner: **Fatty als Bräutigam.**

TAN: Anfang 5 Uhr. Letzte Vorstellung 8 Uhr.

OK: Anfang 4 1/2 Uhr. Letzte Vorstellung 8 1/2 Uhr.

Ein neuer Schünzel-Schlager!

Käufliche Liebe!

Glänzende Darstellung!

Schünzel, Werner Krauß, Winterstein, Diegelmann, Margarete Kupfer, Jika Grüning

im Roman: Der Menschenfeind

Ferner 2 tolle Lustspiele!

Chaplin als Wurstmaxe

Ferner 2 tolle Lustspiele!

Chaplin im Glashause

Kindfleisch

Hand von 30 Millionen an Verkauf von Freitag nachmittags 3 Uhr an

Hermann Sandeck

Fleischermesser, Carlowitz, 112

3 bis 12, 2 bis 5 Uhr

Herren-Rostum-Stoffe

112

112

Wartburg-Lichtspiele

Grüschauer Straße 94a. 2500

Unwiderruflich nur bis Montag:

Der Todesreigen.

Ein Zeitbild nach dem gleichnamigen Roman.

Ferner: Sylvester Schäfer in dem Sensationsfilm:

Im Zeichen der Schlange.

Sonntag 3 Uhr: Große Kindervorstellung, u. z.:

Der Kampf um das Blockhaus.

Druckerei Volkswacht

Moderne, zweckmäßige und saubere Ausführung aller Drucksachen preiswert und bei kürzester Lieferzeit

Breslau 2, Flurstraße 4-6

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 6. Oktober.

Bereinigter Sozialdemokratischer Partei. Parteigenossinnen! Parteigenossen!

Die durch das Ruhrabenteuer in den Abgrund gestohene deutsche Wirtschaft ist noch immer im rasenden Absturz...

So beträgt der Parteibeitrag für diese Woche pro Mitglied für Männer 2 000 000 Mark, für Frauen 500 000 Mark...

Wir erwarten, daß die gesamte Parteigenossenschaft reiflos die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge erkennt...

Wir erwarten, daß die gesamte Parteigenossenschaft reiflos die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge erkennt...

Achtung, Distriktsführer!

Die neuen Beitragsmarken für Oktober bitte bald abholen...

Etwaabend der Arbeiterjugend, Heim 1.

Zu dem am 8. Oktober, abends 7 Uhr, im Gesellschaftshaus...

Sehr eilig! Abteilungsleiter!

Sofort, noch heute Freitag, abends, mitteilen, wo das Lokal für die Abteilungsversammlung ist...

Arbeiter-Wohlfahrtsausflug! Heute, abends 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft...

Denk an das Parteiotopfer!

Lobetheater.

Was ihr wollt.

Es war ein Ereignis, ein großer Tag, etwas tatsächlich Neues in prächtiger Gewandung...

Das Erbstück der Ahnen.

Es ist doch etwas zu viel verlangt, wenn gewisse Kreise uns zumuten, am Glauben und an den Sitten unserer Väter festzuhalten...

Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten leistete rasche Arbeit. Die allermeisten Anträge wurden debattelos angenommen...

Bei der Beratung über eine anderweitige Berechnung der Gas-, Wasser- und Strompreise wies der Berichterstatter...

Nach einem Vorschlag des Stadtrats Töbler wird die Wahl einer gemischten Kommission aus fünf Stadtverordneten...

In einem Antrag des Magistrats ersucht dieser um nachträgliche Bewilligung der inzwischen erfolgten Fahrpreiserhöhungen...

Stadtr. Wöring fordert bei dieser Gelegenheit Fahrgünstigungen für Blinde...

Stadtr. Köhn, der vorläufig keine Entlassungen stattfinden, sondern eine Arbeitsstreckung eintritt...

Der Entwurf einer neuen Vergütungsordnung für die Stadträte...

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag betreffend Veränderung der Gewerbesteuer...

Stadtr. Dr. Herzog wünscht, daß beim Verkehrsministerium um freie Beförderung oder Frachtmäßigkeit...

Stadtr. Dr. Herzog wünscht, daß beim Verkehrsministerium um freie Beförderung...

Stadtr. Dr. Herzog wünscht, daß beim Verkehrsministerium um freie Beförderung...

Stadtr. Dr. Herzog wünscht, daß beim Verkehrsministerium um freie Beförderung...

Stadtr. Dr. Herzog wünscht, daß beim Verkehrsministerium um freie Beförderung...

den Magistrat auffordert, sich beim Reichstag um eine baldige Verabschiedung...

Stadtr. Dr. Heilberg, der diese Vorlage begründet, nahm bei dieser Gelegenheit Veranlassung, gegen die...

Auswüchse des Schankstättenwesens zu protestieren. Er wies auf die Tatsache hin, daß im Jahre 1919 in Breslau allein 130 neue Konzessionen erteilt worden sind...

Der Stadtr. Kesse sieht auch in dieser Vorlage eine Bedrohung der Gastwirte, obwohl ja das ehrliche Gastwirts-gewerbe dadurch gar nicht betroffen wird...

Ohne Debatte angenommen wurden unter anderem folgende Vorlagen: Abschaffung der Bierfahrkarten bei der Stadtbibliothek...

Gegen 8 Uhr wurde die öffentliche Sitzung geschlossen. Davon löste sich eine geheime Sitzung der Stadtverordneten.

Unsere Volksversammlungen.

Vom Donnerstag abend wiesen in allen drei Lokalen einen tiefen Besuch auf. Die Not des Volkes und der Republik hat die Einnahme der Arbeiterpartei stark gefördert...

Der General-Beitrag.

war gedrängt voll. In den Ecken des Saales sah man manches fremde Gesicht in Schillertragen und Wästelgarnituren...

Der Redner des Abends war Genosse Dr. M. r. d. In klaren Strichen zeichnete er die innere und äußere Politik und die Stellung der Arbeiterpartei dazu...

Die Reichsregierung mußte den passiven Widerstand finanzieren. Anstatt dieses durch wertvolle Steuern durchzuführen, ließ man die Notpresse laufen...

Aus dem Abbruch des Ruhrwiderstandes entstand eine maßlose Hege der Deutschnationalen gegen die Arbeiterpartei. Der Kampf ist uns nun aufgezwungen worden...

Wie und mit welchen Mitteln wir ihn führen werden, steht noch nicht fest. Niemals war eine Verständigung...

Bezeichnung ist bereits in den Offizinen des 15. Jahrhunderts aufgetaucht, und zwar kam sie von den Druckerjungen her...

Die Anfänge der Königin. In einem eleganten Sommerball Englands, das manchesmal auch von der königlichen Familie besucht wird...

Wie der Druckfehlerteufel in die Welt kam. Seit Gutenberg die „schwarze Kunst“ erfand, haben sich auch die Druckfehler eingeschlichen...

zwischen SPD und KPD. Die Situation ist ernst und schwer. Doch überall ist der Sieg der Nationalisten da verhindert worden, wo sich das Proletariat geschlossen zusammenschloß. Es geht jetzt darum: Wer wird die Lasten des verlorenen Krieges tragen, wer wird das Ruhrgebiet besetzen? Da heißt es kaltblütig und bereit sein für die Erhaltung der Republik. Und sollte man es versuchen, uns mit einer Rechtsdiktatur zu kommen, dann werden auch wir rücksichtslos zur Gegenwehr greifen. (Langanhaltender Beifall.) Als Redner der KPD sprach Genosse Dombrowski das Wort. Mit lebhafter Zustimmung wurde es von den Versammelten begrüßt, als er den Vorschlag machte, einen gemeinsamen Aktionsaufruf zu erlassen, der das Vorberichten, was die Rat des Augenblicks erfordert. Alle Proletarier mögen sich zusammenschließen, zu kämpfen Schulter an Schulter gegen den Faschismus. Die Genossen Kleber und Vietzsch, sowie die Genossin Zils unterstützen die Ausführungen der beiden Redner. Der Versammlungsleiter Genosse Dr. Edstein hat die Arbeiterschaft, sich nicht in Einzelaktionen zu verzeteln, sich auch nicht vom Gegner provozieren zu lassen, sondern nur darauf zu hören, was die Organisationsleitung sagt, um dann alle Kräfte zusammenzufassen und auf den entscheidenden Punkt zu konzentrieren. Sozialist sein, heißt kämpfen sein. Haben wir den Glauben an den Sieg, dann wird die Zukunft dem Sozialismus gehören. Ein dreimaliges Hoch auf die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung durchdrangte den Saal, womit die vorzügliche Versammlung ihr Ende erreichte.

Im Vergleichen
sprach Genosse Linzer vor überfüllter Versammlung. Heute vor fünf Jahren ging das Schreiben des Bringen May von Baden in die Welt hinaus, endlich Frieden zu schließen. Genau so schreibt heute das deutsche Proletariat nach Frieden. All die Insaftungen von den verschiedensten politischen Richtungen, die uns in der Zeit nach dem Abbruch des Friedensvertrages gemacht worden sind, wurden eingehend geschilfert. Die Partei hat durch ihre Erfüllungspolitik zwei Jahre lang die Befreiung des Ruhrgebietes abgewehrt, und so versucht, eine Gesundung unserer Wirtschaft herbeizuführen. Das rein bürgerliche Kabinett Cuno mit seiner Katastrophenpolitik hat dann zum vollständigen Zusammenbruch geführt. Eine Gesundung konnte nur durch den Abbruch des Ruhrkampfes herbeigeführt werden. Es ist geradezu ein Verbrechen im Hinblick auf die Leben der Ruhrbevölkerung wenn von deutschnationaler Seite nunmehr an die nationalen Instanzen appelliert und zum bewaffneten Widerstand aufgefordert wird. Die Befreiungen der Reichsradikalen mit Hilfe ihrer Kampforganisationen den Kurs der deutschen Republik herbeizuführen und die sich hieraus ergebende ernste politische Lage wurde eingehend erläutert.

Den Austritt unserer Genossen aus dem jetzigen Kabinett rückertend, erklärte Genosse Linzer, das wir auch nicht ein Stück von den wenigen Errungenschaften kampflos preisgeben werden. Wie wir es auch weiterhin ablehnen, mit den deutschnationalen eine Regierung zu bilden, die Radikalen unterstützt und die Monarchie auszurichten versucht. Mit dem Auf, in den kommenden schweren Tagen die Herzen nicht zu verlieren, durch Aufklärung die laizistischen Bewegungen zu gewinnen und eine geschlossene Front zu schaffen, schloß Genosse Linzer seine Ausführungen.

In der Ansprache betonte der Kommunist König die Notwendigkeit einer Vereinigung des Proletariats neben einigen bestimmten Voraussetzungen gegen unsere Partei. Auch die übrigen Disziplinardredner forderten zur Einigkeit auf.

Am Schlußwort bezeichneter Genosse Linzer die Möglichkeit einer Vereinigung, nach den im Programm der K. P. D. gemachten Bestimmungen unserer Partei, empfahl aber, sich überall für eine Vereinigung einzusetzen, wo sich Gelegenheit bietet.

Gewerkschaften
Genosse Großmann eröffnet die Versammlung und erteilt Genossen Mache das Wort. Der Redner erinnert an den militärischen, von Hindenburg deutsch eingestrichenen Zusammenbruch vor fünf Jahren, dessen Folge als das hereinbrechende Elend ist. Dem erzwungenen Deutschland zwang man einen unannehmlichen Friedensvertrag auf. Dennoch steht die Partei auf dem Boden einer Erfüllungspolitik im Rahmen des möglichen. Damit bekämpfte sie am wirksamsten die nationalstaatlichen Strömungen Frankreichs, die auf die Wiedereinnahme des Ruhrgebietes von Deutschland und dem Verbleiben der Regierung Cuno in den Sattel verfaßten, hand die deutsche Politik unter dem ausgesprochenen Ziel der Aufrüstung. Die französische Regierung erhielt so den erwünschten Vorwand für die Ruhrbesetzung. Sie war zweifellos ein Bruch des Versailler Vertrages. Sie war aber auch ein Schlag gegen die Freiheitsrechte der deutschen Arbeiter. Von jeher war das Ruhrgebiet militärisch. Es mußte zu Widerständen gegen den französischen Militarismus kommen, der passive Widerstand wurde geboren. Er wurde von der Beamtenschaft aufgenommen. Bald verlangten ihn sogar die vorgekehrten Demagogen. Der Staat war gezwungen, den Widerstand durch bedeutende Zahlungen zu erwidern. Er nahm die Mittel nicht aus den großen Vermögen, sondern ließ die Papiergeldflut unheimlich anschwellen. Er gewährte der Industrie ungeheure Papiermarktschleife, die zur Spekulation verwendet wurden. So nahm der Ruhrkampfverlauf einen reinen Fortgang. Trotz des drohenden Zahlungsstillstands unternahm die unfähige und unzureichende Regierung keine Schritte zur Beilegung des Ruhrstreikereiters. Sie ließ jeder Nachricht, daß sie verhandlungsbereit sei, sofortigen Widerstand entgegen. Deshalb mußten die Besetze Brandtens, des einzigen Sozialisten im Kabinett, gegen den französischen Imperialismus anzufrachten, möglichsten. Inzwischen kam das Wirtschaftsleben des Ruhrgebietes immer mehr unter die Gewalt der Franzosen und Belgier. Die Wirtschaften gegen das unbedingte Gebot zum immer härteren in Willenshaft. Hunger und Arbeitslosigkeit nahmen gewaltige Ausmaße an. Das Reich war trotz äußerer Kampfanforderungen weiter zu leiden, ohne in die schwersten inneren Kämpfe zu verfallen. Der Ruhrkampf mußte abgebrochen werden. Selbst deutschnationale aus dem besetzten Gebiete haben dies ein. Die deutschnationalen des übrigen Deutschlands, im Verein mit allen anderen Kräfte, die aus der fortschreitenden Ruhrverflechtung nichtschöne Geminne ziehen, bezogen den Abbruch des passiven Widerstandes zu einer verlogenen Hege gegen das Kabinett Stresemann-Hilferding. Sie wollten ihre die Kraft zu, aus den Besitz zur Krönung der Folgen heranzugreifen. Das doch schon eine Vorlage zur Eröffnung der Sachverhalte bereit. Sollte doch die Monarchistische Partei und die radikale Bewegung nicht mehr in der Lage sein, die industriellen Flügel der deutschen Volkspartei die Koalition. Der Kampf geht aber aus den Händen der Republik über. Ruhrkampf in Bayern und Schwaben belandete die wirtschaftlichen Kräfte der profitgierigen Kräfte und ihrer schamhaften Helfer. Demgegenüber muß sich die Arbeiterschaft zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen zusammenschließen. Keiner Beifall lobte die eindringlichen Ausführungen. In der Ansprache unterstützte Genosse Silbermann (KPD) die dringende Forderung der KPD. Als Ziel des Kampfes stellte er die Erreichung der Arbeiterregierung hin. Genosse Zils zeigte in treffenden Ausführungen die verheerenden Wirkungen des Streikereiters auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Genosse Feiler war auch, daß der Ruhrkampf das Leben der Arbeiter in der Ruhrgegend erschweren habe. Genosse Zils hat für ihn sei auch die große Volkswacht, die sich immer wieder durch nationale Schlagworte für imperialistische Ziele einsetzen lasse. Genosse Kämpfer bezeichnet die Erziehung der Sachverhalte und Verantwortung der deutschen Arbeit als Gebot der Stunde. Letzter (Arbeitervorteil) fordert bewaffnetes Vorgehen des Proletariats. Genosse Schöde hebt in der Ablehnung der kommunistischen Politik nach russischen Schichten des Kabinett die Forderung der Arbeiterregierung.

In Schlußwort betonte Genosse König die Notwendigkeit

der KPD, zum geschlossenen Vorgehen des Klassenbewußten Proletariats. Er forderte zur Aufklärung der Arbeiter unter den Leuten der Arbeiterklasse, die noch unter bürgerlichem Einfluß stehen. Nur dadurch können wir in den Besitz der politischen Macht gelangen. Genosse Schöde waja brachte folgende Entschlossenheit ein: „Die Versammlung billigt den Austritt aus der Koalition. Sie fordert auch weiterhin härtesten Kampf für die Aufrechterhaltung des Ruhrkampfereiters, für eine ausreichende Bekämpfung und Sachverteilung zur Wiederherstellung der Währungs. Sie fand einstimmige Annahme. Mit nochmaliger Aufforderung zur Kampfbereitschaft schloß Genosse Großmann die stark besetzte Versammlung. Auf Antrag aus der Zubereitungs wurde eine Leserversammlung zur Stärkung der Partei vorgenommen.

Vom Arbeiterbildungsausschuh.
Arbeiterkinderkreise.
Die Gruppen Feld- und Steinstraße ziehen am kommenden Sonntag, zum letzten Mal in diesem Jahre, hinaus ins Freie. Wir treffen uns mit unseren kleinen Freunden Feldkirchhof, früh 8 Uhr. Gruppe Steinstraße trifft sich bereits 1/8 Uhr Bohrauer Straße, Ecke Lehmgartenstraße.
Liebe Freunde! Kommt eben so zahlreich wie im Sommer, denn, wenn auch die Sonne nicht mehr so glühend scheint, ist es draußen schön zum Tollen und Feiern. Zieht euch wärmer an, bringt auch Mantel oder Decke mit.

Das Pfund Zucker 22 Millionen.
Die Zuckermittelstelle hat im Einvernehmen mit der Regierung den Zuckerpriest für die Zeit vom 4. bis 6. Oktober 1923 auf 14 280 000 Mark für das Pfund Zuckers ab Fabrik festgesetzt. Zu diesem Preise treten für Zuckersteuer und Verwaltungsgebühren 1744 000 Mark. Daraus ergibt sich für die Zuckerfabriken ein Höchstpreis für den Großhandel von 17 024 000 Mark für das Pfund Zuckers ab Fabrik bei Vorauszahlung. Da der Kleinhandel bedeutende Frachten, Kollage und so weiter, ferner den Aufschlag für Raffination, Sachungsgebühren und Umsatzsteuer tragen muß, ist ein Kleinhandelspreis von 21 500 000 bis 22 000 000 Mark je nach Ortslage angemessen.

Ein Zentner Rohle 238 150 000 Mark.
Die weitere ungeheure Marktentwertung zwingt den Magistrat dazu, die Kleinhandelshöchstpreise heraufzusetzen, die schon in den letzten Tagen völlig unzureichend waren und deshalb zu großen Verlusten führten. Bemerkenswert ist, daß in Berlin, trotz geringerer Fracht, der Höchstpreis für Braunkohlenbriketts bereits 148 Millionen Mark betrug, als er hier auf 120 Millionen Mark festgesetzt war. Die neuen Preise sind im Anzeigenteil veröffentlicht.

Ein marktfreies Bierpfundbrot 68 Millionen Mark.
Die Arbeitsgemeinschaft der bierherstellenden Betriebe hat die Preise für marktfreies Bierbrot mit Wirkung von morgigen Sonnabend wie folgt festgesetzt: 1 Pfund marktfreies helles Brot 17 Millionen Mark, das 4-Pfund-Brot 68 Millionen Mark, 1 Pfund marktfreies dunkles Brot 16 Millionen Mark, das 4-Pfund-Brot 64 Millionen Mark, 1 marktfreies helle Semmel (75 Gramm Teiggewicht) 3 Millionen Mark.

Ein Liter Milch 11 142 856 Mark.
Der Milchpreis in Breslau beträgt von heute Freitag an bis einschließlich Sonntag 11 142 856 Mark pro Liter (gegen 4 950 000 Mark vorher). Der Käufer kennt keine Grenzen.

Achtung, Gewerbe, Kaufmannsgerichte und Schlichtungsausschuhbeisitzer!
Freitag, den 5. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses: Gemeinsame Sitzung. Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Richter: Die Bedeutung der Anwendung der Indegressen im Tarifvertrag. Aussprache, Beschließen. Zur geistl. Beachtung! Einzelmitteilungen an die Beisitzungen ergehen nicht mehr, aus Vermeidung. Die Verhandlungen finden regelmäßig jeden ersten Freitag im Monat statt und sind die Hinweise an dieser Stelle zu beachten. Es ist Pflicht jedes Beisitzers und Erlaubter, die Verhandlungen pünktlich und regelmäßig zu besuchen.

Kampfgemeinschaft „Der Kampf“. Am heutigen Freitag, abends 8 Uhr, Neue Taschenstraße 20, Gartenhaus, Vortrag: „Das moderne graphische Selbstporträt“. Gäste willkommen.

Breslauer Volkshochschule. Am Sonntag, den 7. Oktober, nachmittags 3 Uhr, beginnen die Runkelwanderungen in Breslau unter Leitung von Runkelwanderer Bernhard Stephan mit einer Führung durch die Sachsischen, daran anschließend werden die Festlichkeiten des Demozentrums beendigt. Da die Teilnehmerzahl bestimmt werden muß, sind Anmeldungen erforderlich bis Sonnabend nachmittag in der Volkshochschule, Neue Gumpenstraße 5.

Die städtischen Gewerkschaften werden für Schüler der 1. und 2. Volkshochklassen auch in diesem Winterhalbjahr Zeichnenkurse abhalten, die freischulischen, linearzeichnen und Schülerritzen umfassen, auch den Schülern Gelegenheit bieten sollen, sich für den weiteren Beruf geistlich vorzubereiten. Anmeldungen werden am 9., 11. und 12. Oktober in der Zeit von 8 bis 5 Uhr, im Besprechungsraum der städtischen Gewerkschaften I, Ruchstraße 1/3, Eingang Dominikanerstraße, angenommen. Das Schulgeld beträgt monatlich, vorbehaltlich etwaiger Erhöhungen, 10 000 000 Mark.

Der Unterhaltungsbeitrag für die Sonderabgabe beträgt nach amtlicher Mitteilung in der Zeit vom 6. Oktober bis 9. Oktober 1923 für eine Hofmark 66 900 000.

Ein heruntergelagerter Satz ist am 27. September nach der Bezirksleitung im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses gefunden worden. Der Eigentümer wird ersucht, diesen im Zimmer 24 des Gewerkschaftshauses (2. Stock) abzuholen.

Ueber einseitige Verzehrung von Befehlsmännern auf Grund des Streikereiters befindet sich eine Bekanntmachung der Finanzämter im heutigen Anzeigenteil.

Bestandteile des Reichs von der KPD, bezieht und neuerdings mit Verhandlungen auf Grund des Pressegesetzes über einen vor etwa 14 Tagen erlassenen Artikel. Diese angeblichen Verhandlungen sind keine Verhandlungen. Sie enthalten keine wahren politischen Aussagen und für die wir unseren Namen nicht bezeugen können. Falls Herr Delmer tatsächliche Angaben dieses Artikels beizubringen kann, beschaffen wir in angemessener Form auch ohne Befehlsmännern, Sozialdemokratischen Reichstagsmitglied in Berlin 23, dem der Artikel entnommen war, bereitwillig werden.

Ueber die Zeichnung von Befehlsmännern befindet sich im Anzeigenteil eine Bekanntmachung der Arbeitsverwaltungen. Es wird empfohlen, Sonnabend, 6. Oktober, für die Zeit vom 1 bis 6. Oktober des 1000sten des gesamten Bundesministeriums des bisherigen Tarifvertrages zu ziehen.

Hand zur Förderung der Bildung (Sekretariat Berlin-Süd, Wilmersdorf 153). Sonnabend, 6. Oktober: Öffentliche Vortragsveranstaltung: „Lehrplan der Volkshochschule 10 1/2 Uhr. Sonntag, 7. Oktober: Vortrag Prof. Dr. Dietrich, verbunden mit Erläuterungen in der Ausstellung im Gewerkschafts „Zum heiligen Geist“, Ruchstraße 1/3, Eintritt frei.

Kundlicher Beisitzerbericht. Eine starke Delegation liegt über die Ruhrgegend und fällt sich langsam auf. Ueber Frankreich und Südwestdeutschland liegen noch einige Unrichtigkeiten, die bei ihrem notwendigen Beseitigen unserer Prozess noch vereinzelt geringe Nebenabgaben bringen können. — Freitag: Wolke; Temperatur wenig verändert. Stärkerer Westwind; bis weitauf den Rhein.

Aus Schlesien.

Achtung, Parteibeiträge!

An die Ortsgruppenführer und Kassierer.
Die Beiträge für die 41. Woche (7. bis 14. Oktober) betragen für Männer 5 Millionen, für Frauen 2 Millionen.
Pünktliche Kasserung notwendig, a conto-Zahlungen einfordern.
Mit Parteigruß
Der Bezirksvorstand,
J. A. C. Janotta.
Für die beiden Wochen vom 1. bis 14. Oktober werden Marken ohne jeden Aufschrift verwendet. Die Ortsgruppenkassierer bitten wir, dieses zu berücksichtigen.

Sobten. Von der eigenen Mutter getötet. Ein Verbrechen, dem ein schwaches Mädchen zum Opfer fiel, ereignete sich dieser Tage auf dem Dominium Kändchen. Eine daselbst tätige geschiedene Ehefrau hatte für ein zehn Wochen altes Kind zu sorgen und beschloß eines Tages, sich des Kindes zu entledigen. Sie bettete es recht tief in die Betten, jedoch es erstickte nicht. Nach längerer Zeit sah die herzlose Mutter nach ihrem Kinde und fand es mit dem Tode ringend vor. Es wurde sofort die Diakonisse herbeigerufen, jedoch gelang es nicht mehr, das Kind zu retten. Die herzlose Mutter wurde sofort den zuständigen Behörden übergeben.

Weißwasser. In die Unrechte gekommen war dieser Tage ein junger Burde, der auf der Vochter Chaussee eine junge Frau überfahren wollte. Er hatte sich im Walde versteckt und eilte hervor, als die junge Frau mit ihrem Kinde die Straße passierte. Er schrie „Geld oder Blut!“ und sprang auf die Frau zu. Die Frau war aber sehr resolut. Sie gab, indem sie vom Kinde abstieg, — Kirsch, Kirsch! — dem Burden zwei dicke Ohrspeigen, daß er in den Graben taumelte und schließlich von allen Räuher- und Mordgelüsten geheilt war. Er versorgte sich still in die Büsche, während die Besolte wieder ihr Rad bestieg und — als ob nichts geschehen sei — davonfuhr.

Sagan. Ein frühes Bild sinngestellter Not erloschliche Bürgermeister Herrmann in der letzten Sitzung der Stadtverwaltung. Der Betrieb der Stadtmüllerei und der Feuertreibwerkeverwaltung wird eingestellt und die Straßenbeleuchtung mindestens stark eingeschränkt werden müssen. Um Ersparnisse an Heizung und Beleuchtung zu erzielen, wird die Zusammenlegung von Schulklassen im Winterhalbjahr erzwungen. Infolge Ausbleibens des Staatszuschusses ist der Betrieb der gewerblichen Berufsschule eingestellt worden. Besonders drückend wirkt auch die Unterbringung der großen Zahl von Erwerbslosen. Die schwebende Schuld der Stadt ist um ein Vielfaches gestiegen und die finanziellen Mittel sind augenblicklich zu erschöpfen, daß eine Kostensenkung zurückgenommen werden mußte, da sie nicht befolgt werden konnte. Die Stadtverordneten stimmten der Erhöhung einer Reihe von Steuern hinzu. Die Abgaben werden nunmehr auf werblich höher Grundlage festgesetzt.

Katibor. Aufstellung des Rekrutenjahres. In der Kreisversammlung erstattete Vorstand Jinger Bericht über die Aufstellung des Rekrutenjahres. Die offiziell der Gemeinde stammig gelegenen Ortschaften fallen an den Kreis Gleiwitz, die weitaus gelegenen, darunter Gemeinde und Gutsbezirk Stauch, an Katibor.

Königshütte. Auf der Volkswache in Krö. Frau wurde ein Mann, den man von der Straße aufgehoben hatte, wo er in bewußtlosem Zustande lag. Ein Arzt stellte Alkoholvergiftung fest.

Reuchelord. In der Volkswache in Krö. Frau wurde ein Mann, den man von der Straße aufgehoben hatte, wo er in bewußtlosem Zustande lag. Ein Arzt stellte Alkoholvergiftung fest.

Unsere Wälu.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:

	4. 10.	2. 10.
für 1 amerikanischen Dollar	548625000,00	498000000,00
1 englisches Pfund	2493750000,00	1985000000,00
1 französisches Franc	319200000,00	261348000,00
1 holländisches Gulden	215460000,00	172687500,00
1 Schweizer Franken	979548000,00	784085000,00
1 österreichische Krone (abgef.)	7730,00	6184,50
1 holländische Krone	163599000,00	13117126,00
1 baltische Krone	96588000,00	77805000,00

Parteienoffen und Genossinnen werbt ständig für die Volkswacht!

Damen- u. Herrenhüte

werden sauber und schnell umgearbeitet in der Umprobenanstalt Ottostraße 12, 1259

Kinderwagen, billig

Krö. Weidenstr. 25, 2. Et.

Interate erzielen in der „Volkswacht“

den größten Erlös

Wohnungen

Tausche

meine große 2st. Etage mit Küche mit Gas, Bergstraße, neue Häuser, gegen ebensolche oder auch größere. Gegen gleich. Offerten u. 2. 147 an Volkswachtbuch.

Käufe

Eine Geige

zu kaufen gesucht im Hermann, Wallenstein 7, 1. Et. Bei M. B. Kinderwagen

Kinderwagen

aller Art, auch mit Motor, auch mit 4 Rädern. Preis 100 bis 150 Mark. Verkaufsstelle: Hermann, Wallenstein 7, 1. Et.

Futterreste

faust zum allerhöchsten

Dollarkurs.

H. Scholz, 1 Weißbergstraße 43.

Ich zahle für alle Nähmaschinen

Rundschiff bis 2 Milliarden Langschiff bis 1 Milliarde auch beste

Wienziers

1975
Ruz Gräßhener Str. 45

Futterreste

Garn und Stoffe taust zum höchsten Dollarkurs. Unberührbare Preise.

Stark & Sprei,

Recherberg 5 (Radn).

Verkäufe

bedarft Kauf, Verkaufsstelle: Hermann, Wallenstein 7, 1. Et.